

POSITION ZUM INTEGRATIVEN WOHNEN

PERSPEKTIVE DES FORSCHUNGSBEIRATS

Julia Hartmann
Ricarda Pätzold

für die Mitglieder des
Forschungsbeirats:
Ingrid Breckner
Alexander Hagner
Mamad Mohamad
Ayse Özbabacan
Martin Schmelzer

Wohnen ist – wenn auch nicht im Grundgesetz verankert – ein Grundbedürfnis und existentielle Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Neben anderen Rahmenbedingungen stellt es die Basis für die Integration neuzugewanderter Menschen dar.

In seiner Stellungnahme und auf seiner offiziellen Website verlautbart das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI): „Ziel von Integration ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in unserem Land leben, in die Gesellschaft einzubeziehen.“

Ein so formuliertes Ziel betont den wechselseitigen Charakter von Integration. Es geht eben nicht ausschließlich darum, dass sich von *außen* Kommende in die Gesellschaft einfügen. Vielmehr konstituiert sich Gesellschaft unter anderem über die Verhandlung von Regeln, von Zugängen, von Chancengleichheit und Teilhabe – Alteingesessener wie Zugewanderter gleichermaßen. Dabei wird ein Gesellschaftsbild skizziert, das auf Konsistenz und Kohärenz beruht und allgegenwärtige Fragmentierungsprozesse zu überwinden sucht. Grundlage eines *Wir* ist in dieser Lesart nicht die Abgrenzung zu *Anderen*, sondern die Befähigung eines jeden, Gesellschaft bzw. gesellschaftliches Miteinander aktiv mitzugestalten. Eine solche Befähigung wächst durch eine gestaltbare Verankerung des Individuums in gesellschaftlichen Bezügen – durch die Möglichkeit zum Midenken, Mitentscheiden und Mitgestalten.

Mit Blick auf das Wohnen muss zwischen der Funktion des Obdachs und der des Behaust-Seins unterschieden werden. Das erstere bietet zweifelsohne Schutz (das berühmte *Dach überm Kopf*), lässt aber viele weitere Qualitäten des Wohnens – Gestaltbarkeit, Anpassbarkeit, Individualität – vermissen, die essenziell für ein selbstbestimmtes Leben sind.

Die *integrativen Wohnprojekte* verfolgen das Ziel, über die Grundversorgung des Obdachs hinaus ein Ankommen in Geborgenheit zu ermöglichen und damit die Grundlagen für Teilhabe zu schaffen. Sie verbinden Ansätze der Selbstbestimmung mit dem offenen Angebot von Nachbarschaft – und bieten oft zusätzlich strukturierte Unterstützungsangebote. Aus der räumlichen Verankerung des eigenen Selbst soll der Schritt in die *Gesellschaft* erfolgen. Dieses Prinzip folgt der Annahme, dass Rechte und Pflichten eines gelingenden Wohnens in einer gelebten Nachbarschaft vermittelt werden können. Darüber hinaus können

in Nachbarschaft – bzw. durch die Nachbarinnen und Nachbarn – auch andere Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe wie Sprache, Kulturtechniken erlebt, geteilt und erlernt werden – und nicht zuletzt zwischenmenschliche Begegnungen und Beziehungen entstehen.

Auch wenn Erfahrungen die Effekte gemeinschaftlichen Wohnens belegen, sollten die Erwartungen nicht zu hochgesteckt und die Modelle damit überfrachtet werden – Wohnen in Gemeinschaft ist nicht *per se* – für jede und jeden in jedweder Situation eine *Integrationsmaschine*. Integrative Wohnprojekte sollten auch nicht ausschließlich auf die enge Nachbarschaft von Alteingesessenen und neu Zugezogenen reduziert werden. Teilhabechancen entstehen auf Grundlage einer offenen Haltung, wechselseitiger Neugier sowie der Konfliktfähigkeit aller Bewohnenden. Eine paternalistische, die neu zugezogenen Mitbewohnenden von Rechten und Pflichten entbindende Haltung behindert dagegen Teilhabe.

In dem Projekt *Zusammenhalt braucht Räume – integratives Wohnen mit Zuwanderern* stand eine spezielle Spielart von Wohnprojekten im Fokus, deren Merkmale explorativ herausgearbeitet wurden. Diese auf unterschiedlicher Initiative beruhenden *Modelle* zeigen deutlich auf, wie Integrationsprozesse durch Förderung des *Empowerments* (Stärkung der Fähigkeiten und Kompetenzen des Einzelnen) beschleunigt werden können. Dies wiederum kann zur Entwicklung einer (aufgeschlossenen) Haltung sowohl der Beteiligten als auch der Stadtgesellschaft beitragen.

In vielen Bereichen werden – im Kleinen – immer wieder solche ermutigenden Erfahrungen gemacht. Dafür wird in der Regel dann der Begriff der Nische bemüht. Mit Blick auf die skizzierten gesellschaftlichen Herausforderungen ist es aber dringend erforderlich solche und andere *Nischenerfahrungen* für die *große Bühne* zu adaptieren bzw. die Voraussetzungen dafür zu schaffen: Zusammenhalt braucht Räume und Städte brauchen bezahlbaren Wohnraum, damit Wohnen ein Stabilitätsanker ist und nicht Auslöser von Konkurrenzgedanken – und Anlass zu steter Sorge, wann einen das Preissteigerungskarussell über die Stadtgrenzen trägt.

Akzeptiert man die Bedeutung des Wohnens als Basis gesellschaftlicher Teilhabe für alle, dann resultiert daraus eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Vorhandensein von bedarfsgerechten und zugänglichen Wohnungen. Bedarfe nach Wohnraum entstehen aufgrund von Flucht und Vertreibung, aber auch aufgrund von Familiengründung oder Familientrennung, aufgrund von Ortswechseln, die notwendig werden, um Sorge- oder Lohnarbeit nachgehen zu können und vielen anderen individuellen Lebensentscheidungen und -notwendigkeiten.

Die besten Grundlagen für die Entfaltung der integrativen Wirkung des Wohnens sind die Freizügigkeit in der Wahl des Wohnstandorts und eine Pluralität der Wohnungsanbieter. Dem Behaust-Sein geht damit die Selbstbestimmung voraus. Integrative Wohnprojekte gehören in dieses Spektrum, aber auch sie profitieren davon, wenn Menschen freiwillig und selbstbestimmt so leben wollen.

Wohnen bzw. die Notwendigkeit des Behaust-Seins ist gemäß diesem Verständnis kein individuelles Problem (unter anderem der neu Zugezogenen), dem durch besondere Wohnangebote Abhilfe geschaffen werden kann und muss. Wenn Wohnende nicht als zu integrierende Individuen, sondern als auf

gemeinsamer Basis gesellschaftlich Teilhabende verstanden werden, sind neue Lösungen für die Wohnraumfrage erforderlich: Wie wollen wir alle wohnen und wie wollen wir diese Existenzgrundlage sichern?

Zusammenhalt braucht Räume und Städte brauchen bezahlbaren Wohnraum, damit Wohnen ein Stabilitätsanker ist und nicht Auslöser von Konkurrenzgedanken – und Anlass zu steter Sorge, wann einen das Preissteigerungskarussell über die Stadtgrenzen trägt. Die Diskussion um Baulandmobilisierung, Neubauakzeptanz oder die Neuausrichtung der Wohnraumförderung greift viel zu kurz. Es wird versucht, im teuersten Segment, dem Neubau, bezahlbare Wohnungen für diejenigen zu schaffen, die sich am „normalen“ Wohnungsmarkt nicht versorgen können. Eigentlich eine klassische Aufgabe des (geförderten) Bestandes. Doch der Lebenszyklus einer geförderten Wohnung beginnt mit einer sozialen Aufgabe, die dann wieder abgestreift wird. Solange geförderte Wohnungen nach 10 bis 25 Jahren ihre Bindung verlieren, ist es schon eine Sisyphus-Aufgabe, den Stand von Wohnungen mit Sozialbindung zu halten.

Unter den gegebenen Rahmenbedingungen vertieft sich der Graben in den Mietwohnungsmärkten zwischen gemeinwohlorientierten und renditeorientierten Eigentümern immer weiter. Da der Zugang zu bezahlbarem Wohnen ein sehr knappes Gut ist, werden die Diskussionen um die „gerechte“ Verteilung immer erbitterter geführt: Wie hoch darf der Anteil der Miete am verfügbaren Haushaltseinkommen sein? Wie kann eine „Fehlbelegung“ von geförderten Wohnungen verhindert werden? Welche Standards sind angemessen? etc.

In Folge der Logik, „Sozialwohnungen“ lediglich als Ergänzung zum Angebot des freien Wohnungsmarkts zu sehen, sinkt deren Akzeptanz. Niemand möchte „diejenigen Randgruppen“ in seiner Nachbarschaft haben. Diese Zuschreibungen haben mit den Einkommensgrenzen und der formalen Zugangsberechtigung in der Regel nichts zu tun, denn in den meisten Städten haben zwischen einem Dritteln und der Hälfte der Haushalte ein Anrecht auf einen Wohnberechtigungsschein – und bezahlbaren Wohnraum bitter nötig. Eine verbreitete Antwort ist es, die Zahlungsfähigkeit von Haushalten mittels Transferleistungen (u.a. Wohngeld, Kosten der Unterkunft) zu erhöhen. Diese Marktsignale haben indes Konsequenzen und führen zu weiteren Steigerungen des Preiskarussells.

Die ökonomische und die soziale Bedeutung des Wohnens sind – in den prosperierenden Regionen – außer Balance geraten. Immer weniger Haushalte haben damit die Chance, ihre Wohnsituation an die jeweilige Lebenssituation anzupassen. Dieser Mangel an Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit schlägt sich nieder in Unterbelegungen, Überbelegungen, wachsenden Pendlerströmen sowie auch waghalsigen Investments (wie soll man das anders nennen, wenn Haushalte sich 30-50 Jahre für den Kauf einer Wohnung verschulden).

Die besten Grundlagen für die Entfaltung der integrativen Wirkung des Wohnens sind die Freizügigkeit in der Wahl des Wohnstandorts und eine Pluralität der Wohnungsanbieter. Dem Behaust- Sein geht damit die Selbstbestimmung voraus. Integrative Wohnprojekte gehören in dieses Spektrum, aber auch sie profitieren davon, dass Menschen freiwillig und selbstbestimmt so leben wollen.